

1 **Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.01.2025, S. 17**

2 **Grüne Erklärungsnot**

3 *Die Partei versucht, die Aufregung um Habecks Kapitalerträgeplan einzufangen. Nur wer*
4 *eine Million "auf dem Konto" hat, soll Sozialbeiträge zahlen müssen. Erleben die Grünen*
5 *einen neuen Veggie-Day-Moment?*

6 Von Dietrich Creutzburg, Julia Löhr, Berlin, und Daniel Mohr, Frankfurt

7 Videos, Erklärtex te in sozialen Netzwerken, Interviews: Die Grünen bemühen sich derzeit auf allen
8 Kanälen, die Aufregung über die von ihnen geplanten Sozialbeiträge auf Kapitalerträge zu dämpfen.
9 Der grüne Kanzlerkandidat Robert Habeck hatte die Welle am Sonntagabend ausgelöst, als er in einem
10 Fernsehinterview beim Thema Krankenversicherung sagte, auch Kapitalerträge sollten
11 sozialversicherungspflichtig sein. Seitdem fragen sich Millionen Sparer in Deutschland, was eine
12 solche Änderung für sie bedeuten würde.

13 Sowohl am Montag als auch am Dienstag konnte die Partei zunächst keine Antwort auf die Frage
14 geben, wen genau sie zur Kasse bitten will. Ko-Parteichef Felix Banaszak versicherte, Kleinsparer
15 ("Tante Gisela und ihr ETF") hätten nichts zu befürchten. In welcher Höhe Kapitalerträge beitragsfrei
16 bleiben sollen, sagte er jedoch nicht. Habeck verwies am Dienstagnachmittag auf der Plattform X auf
17 "jemand, der mit Aktien Millionen verdient". Am Mittwochmorgen gab Fraktionschefin Katharina
18 Dröge dann eine neue Größenordnung: "Es geht um die Menschen, die eine Million auf dem Konto
19 haben und hohe Erträge darauf bekommen und die deshalb nicht mehr arbeiten müssen", sagte sie im
20 Deutschlandfunk.

21 Inzwischen hat die Partei auch deutlich gemacht, dass es ihr nicht um eine Änderung im bestehenden
22 System gibt. Eine solche hätte nämlich vor allem jene gesetzlich Versicherten getroffen, die mit ihren
23 Einkünften unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze von 66.150 Euro im Jahr liegen, während
24 Gutverdiener ohnehin schon den monatlichen Maximalbeitrag bezahlen oder privat versichert sind.
25 Ziel ist, wie sowohl Habeck als auch Dröge nun betonen, die Einführung einer Bürgerversicherung, in
26 die alle Menschen mit allen Einkommensarten einbezogen werden. Die privaten
27 Krankenversicherungen könnten zwar bestehen bleiben, sagt Dröge. Die Beiträge für ihre Versicherten
28 würden dann aber nach denselben Regeln erhoben wie in der gesetzlichen Krankenversicherung.

29 Im Gespräch mit der F.A.Z. konkretisiert Dröge die Pläne noch einmal: "Wer zum Beispiel eine
30 Million anlegen und von seinen Kapitaleinkünften leben kann, der soll auch Beiträge für die
31 Krankenversicherung zahlen. Wer überwiegend erwerbstätig ist und zusätzlich fürs Alter vorsorgt, den
32 soll das nicht treffen", sagt sie. Einen konkreten Freibetrag will Dröge zwar auch nicht nennen.

33 Anhand der von ihr genannten Million lassen sich aber Rückschlüsse auf die Größenordnung ziehen.
34 Unterstellt man eine durchschnittliche Rendite von fünf Prozent, käme man bei 50.000 Euro heraus,
35 bei einer Rendite von acht Prozent bei 80.000 Euro.

36 Für die Grünen kommt die Debatte zur Unzeit. Gerade erst hatte sich die Partei darüber gefreut, in
37 manchen Umfragen an der SPD vorbeigezogen zu sein und den beliebtesten unter den vier
38 Kanzlerkandidaten zu haben. Nun stehen die Grünen dafür, die ohnehin schon hohe Steuer- und
39 Abgabenlast für die Bürger noch weiter in die Höhe treiben zu wollen. Dröge stellt sich diesem
40 Eindruck entgegen: "Es geht uns nicht nur darum, mehr Einnahmen ins System zu bringen. Natürlich
41 müssen auch die Ausgaben sinken. Nur so ist eine nennenswerte Entlastung der Arbeitseinkommen
42 möglich."

43 Die Situation erinnert an die nach dem Bekanntwerden von Habecks Heizungsplänen im Frühjahr
44 2023 und an die Veggie-Day-Debatte 2013. Damals wie heute wählte sich die Partei auf der richtigen
45 Seite und wirkte überrascht von dem Wucht des Widerstands. Wer kann schon etwas dagegen haben,
46 einen Tag in der Woche auf Fleisch zu verzichten, auf klimafreundliche Heizungen umzusteigen oder
47 Aktionäre zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung heranzuziehen? Was sich auch
48 ähnelt, ist die Reaktion auf Kritik. Beim Gebäudeenergiegesetz suchte Habeck zunächst den Fehler
49 nicht bei sich, sondern beschwerte sich öffentlich darüber, dass der Gesetzentwurf aus der Koalition an
50 Journalisten durchgestochen worden sei. Auch jetzt in seinem Video zu den Kapitalerträgen geht er
51 zum Gegenangriff über. Union und FDP hätten seinen Vorschlag bewusst missverstanden. "Immer
52 wenn es darum geht, Geld zu nutzen für Solidarität, verteidigen sie die Millionäre und die
53 Superreichen."

54 Veronika Grimm, die als eine der fünf "Wirtschaftsweisen" die Bundesregierung berät, kommentierte
55 die Debatte so: "Interessant: Wenn man Aktionäre sagt, triggert man in Deutschland: Ah - die Reichen!
56 Genau das ist das Problem." Nach den am Mittwoch vorgestellten Zahlen des Deutschen
57 Aktieninstituts zählt aber nur jeder achte Aktionär oder Aktienfondsbesitzer in Deutschland zur
58 Gruppe der Besserverdienenden mit mehr als 4000 Euro monatlichem Nettoeinkommen. Die größte
59 Gruppe der Aktionäre verdient zwischen 2000 und 3000 Euro netto im Monat. Die zweitgrößte
60 Gruppe liegt in der Einkommensklasse zwischen 1000 und 2000 Euro.

61 Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, dessen SPD wie die Grünen ebenfalls ein Verfechter der
62 Bürgerversicherung ist, stellte sich am Mittwoch gegen Habecks Pläne. "Ich halte es für falsch, jetzt
63 noch zusätzliche Abgaben auf Ersparnisse zu nehmen", sagte er in Berlin. Das arbeitgebernahe Institut
64 der deutschen Wirtschaft in Köln hat ausgerechnet, dass ein Anleger mit 5000 Euro Kapitalertrag im
65 Jahr (der zum Beispiel 100.000 Euro investiert hat und fünf Prozent Rendite erzielt) schon heute 1055
66 Euro an Steuern abführen müsse. Fielen auch noch Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge an,
67 gingen unter Berücksichtigung des Sparerfreibetrages weitere 852 Euro an den Staat. Die Rendite
68 schrumpfe so auf nur noch 3,1 Prozent, schreibt das Institut.

69 Die Grünen rechtfertigen ihre Pläne damit, dass durch ein stärkeres Heranziehen von Anlegern sowohl
70 Arbeitnehmer als auch Unternehmen entlastet würden. Ähnlich sieht es der Deutsche
71 Gewerkschaftsbund: "Robert Habeck liegt richtig, Arbeitnehmer brauchen dringend Entlastung", sagte
72 Vorstandsmitglied Anja Piel: "Der DGB fordert schon lange, Beiträge zur Kranken- und
73 Pflegeversicherung auch von Kapitaleinkünften zu erheben, weil das gerechter ist."
74 Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger hält dagegen: "Ich höre von Politikern immer nur: Wir haben zu
75 wenig Geld, wir brauchen mehr Schulden, wir brauchen höhere Steuern. Nein, wir haben kein
76 Einnahmenproblem, wir haben ein Ausgabenproblem." Das Geld werde für die falschen Dinge
77 ausgegeben: "Das müssen wir ändern." Der Vorschlag der Grünen sei "das Ende jeder privaten
78 Altersvorsorge".

79 Im Entwurf zum Wahlprogramm der Grünen heißt es, "auf dem Weg hin zu einer Bürgerversicherung
80 werden wir neben den gesetzlich Krankenversicherten auch die Privatversicherten in den solidarischen
81 Finanzausgleich des Gesundheitssystems einbeziehen." Und weiter: Zur Beitragsbemessung sollten
82 auch Kapitaleinnahmen herangezogen werden. Schon in früheren Wahlkämpfen hat die Partei mit dem
83 Konzept einer Bürgerversicherung geworben, in die auch Beamte, Selbständige und Gutverdiener
84 einzahlen müssen und in der auch auf Zins- und Mieteinkünfte Beiträge erhoben werden.

85 Die Pläne damals sahen vor, dass die Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung auf den
86 höheren Wert aus der Rentenversicherung angehoben werden sollte. Die beitragsfreie Mitversicherung
87 von Ehepartnern sollte es nur noch zeitlich befristet für die Betreuung kleiner Kinder oder die Pflege
88 von Angehörigen geben. Entlastet werden sollten die Beitragszahler durch den Wegfall der
89 Zusatzbeiträge. Wirtschaftsverbände warnten damals vor einer Mehrbelastung in Milliardenhöhe,
90 Ärzteverbände befürchteten Einnahmeausfälle in ähnlicher Größenordnung. Derzeit sind etwa zehn
91 Prozent der Bürger in Deutschland privat versichert. ("Die meisten Aktionäre verdienen zwischen
92 2000 und 3000 Euro im Monat", Seite 23.)